

STANDPUNKT

Keine Sicherheit ohne Wirtschaftspolitik

Von Stefan Liebing und Andreas Freytag

Das Debakel um den Rückzug aus Afghanistan hat aufgezeigt, was für Fachleute schon lange offensichtlich war: Die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ist oft zu zögerlich und unentschlossen, zwischen den Ministerien des Bundes unkoordiniert und damit oft nicht so wirksam, wie sie sein könnte. Was in Afghanistan offen zutage getreten ist, lässt sich auch in vielen anderen Krisenregionen der Welt beobachten. Die Staaten der afrikanischen Sahelzone beispielsweise benötigen nicht unbedingt Entwicklungsberater etwa zur Weiterbildung der Mitarbeiter von Behörden, sondern konkrete und robuste Unterstützung dabei, gut ausgerüstete kriminelle Terroristen an ihrem verheerenden Tun zu hindern. In einer solchen Situation leistet sich die Bundesregierung elf verschiedene Afrika-Strategien, vom Wirtschafts- bis zum Forschungsministerium. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass ein Neuzuschnitt der Aufgabenverteilung vorgeschlagen wird bis hin zu einer Fusion von Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium.

Und doch ist eine engere Koordination zwischen den drei Politikfeldern der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und ihren Institutionen nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Über diesen ersten Schritt hinaus ist eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit geboten. Die Migrationskrise der vergangenen Jahre hat gezeigt:

Menschen verlassen dann ihre Heimat, wenn sie sich in ihrer Sicherheit bedroht sehen und wenn sie keine ernsthafte Perspektive für sich und ihre Familien haben, langfristig ihren Lebensunterhalt und (bescheidenen) Wohlstand erwirtschaften zu können. Neben der Sicherheitspolitik muss im Hinblick auf Krisenregionen also vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen eine Rolle spielen.

Arbeitsplätze werden von privaten Unternehmen geschaffen und nicht von der Bundesregierung. Erfolgreiche Armutsbekämpfung basiert auf guter Regierungsführung und wirtschaftlichem Aufschwung in den betroffenen Ländern und kann von der deutschen Entwicklungspolitik unterstützt, aber nicht initiiert werden.

Deshalb ist es notwendig, eine Außenwirtschaftspolitik zu betreiben, die es Unternehmen erleichtert, in Entwicklungs- und Schwellenländern zu investieren. Für einige Länder Afrikas ist das in den vergangenen Jahren gelungen, weil Deutschland mit den G-20-Staaten zusammengearbeitet und Partnerländer ausgesucht hat, auf die sich diese Bemühungen konzentrieren konnten. Während Wirtschafts- und Finanzminister Finanzierungsprogramme, Investitionsfonds und Hermesbürgschaften für Afrika ermöglicht haben, hat das Entwicklungsministerium in denselben Ländern Pro-

gramme beispielsweise für die Berufsausbildung gestärkt. Erste Erfolge dieser Aktivitäten haben sich bis zur Corona-Krise gezeigt. Allerdings hat die bisherige Bundesregierung in viel zu kleinen Dimensionen gedacht. Es geht nicht um die Schaffung einiger tausend Arbeitsplätze, sondern um Millionen.

Dafür benötigen wir eine neue Risikoaufteilung

zwischen öffentlichem und privatem Sektor. In vielen Fällen sind entwicklungspolitisch gewünschte Vorhaben privater Unternehmen nur deshalb nicht umsetzbar, weil Banken die Länderrisiken nicht

eingehen können. Ausfallgarantien des Bundes, eine Art „sicherheitspolitische Hermesbürgschaft“ oder auch eine „Klimabürgschaft“ für Vorhaben erneuerbarer Energieversorgung könnten Investitionen ermöglichen, die unmittelbar Arbeitsplätze und damit Wohlstand für die lokale Bevölkerung schaffen. Auch die Bereitstellung von Risikokapital, etwa in Form eines Investitionsfonds für Entwicklungsländer, für den Entwicklungsgelder umgewidmet werden könnten, sollte eine große Rolle spielen. Hinzu kommt, dass viele Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern dort eine hohe politische Bedeutung haben und daher eine offensive politische Flankierung durch die Bundesregierung und auch eine Ver-

knüpfung solcher wirtschaftlichen Projekte mit außen- und sicherheitspolitischen Interessen notwendig ist.

Erfolgsentscheidend ist also, dass die neue Bundesregierung Entwicklungs-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik gemeinsam denkt. Ein solches Modell könnte vorsehen, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufzuteilen und den Bereich der sozialen Entwicklungszusammenarbeit dem Auswärtigen Amt zuzuschlagen, während der Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung in ein stärker außenwirtschaftsorientiertes Bundeswirtschaftsministerium integriert wird. Wenn dessen Energieabteilungen künftig in ein Umwelt- und Klimaministerium wandern sollten, könnte ein stärkerer Fokus auf die Unterstützung deutscher Unternehmen in immer stärker politisierten Wirtschaftspartnern diesem Haus wichtige neue Inhalte geben – und der deutschen Wirtschaft einen einzigen Ansprechpartner für ihre Auslandsaktivitäten, die immerhin für 47 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich sind. Das würde den Partnern in Afrika helfen und unsere Sicherheit stärken.

Stefan Liebing ist Unternehmer und Honorarprofessor am Afrikazentrum der Hochschule Flensburg.

Andreas Freytag ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Honorarprofessor an der Universität Stellenbosch.

Die Entwicklungspolitik muss neu ausgerichtet werden. Die Dimensionen waren bislang zu klein.